



2010/13 Ausland

<https://ads.jungle.world/artikel/2010/13/gewalt-mit-system>

Über Gewalt gegen Frauen in Lateinamerika

Gewalt mit System

Von **Kathrin Zeiske**

Macho-Kultur, Hass auf Frauen und die Aussicht auf Straflosigkeit sind wichtige Merkmale, die Feminizide, systematische Morde an Frauen, kennzeichnen. Lateinamerikanische Feministinnen betonen, dass auch die Militarisierung der Gesellschaft, wie sie in einigen Ländern Lateinamerikas zu beobachten ist, die strukturelle Gewalt gegen Frauen begünstigt.

Der Begriff Feminizid, der im lateinamerikanischen Sprachraum Gewalt gegen Frauen in ihrer extremsten Form bezeichnet, wird vor allem mit der mexikanischen Stadt Ciudad Juárez in Verbindung gebracht. In der Stadt im nordmexikanischen Bundesstaat Chihuahua begann 1993 eine beispiellose Serie von Morden an jungen Frauen, die bis heute kein Ende genommen hat. Die Frauen wurden vergewaltigt, gefoltert und getötet. Wie viele Morde bisher tatsächlich verübt worden sind, ist unklar, Schätzungen von Amnesty International gehen von rund 400 aus, andere NGO sprechen von 1 000 Opfern.

Die meisten Morde und Misshandlungen verliefen nach einem wiederkehrenden Muster. Die Frauen waren jung, gutaussehend und stammten aus armen Verhältnissen, viele waren Indigenas aus dem Süden. Sie verschwanden, die Polizei suchte sie, immer vergebens. Tage oder Monate später wurden in der Wüste um Juárez, im Straßengraben oder auf einer abgelegenen Straße die Leichen gefunden, manchmal nur noch Skelette. Viele der Toten waren gefesselt und wiesen Zeichen von brutalen Misshandlungen auf. Die meisten dieser Morde sind bisher unaufgeklärt geblieben.

Auch in anderen mexikanischen Staaten und weiteren Ländern Zentralamerikas, wie Guatemala, Nicaragua und Honduras, ist das Phänomen der Feminizide bekannt. In Mexiko und Zentralamerika stellt eine machistische Gesellschaft die ideologische Basis für Gewalt gegen Frauen dar. Lateinamerikanische Feministinnen haben in den vergangenen Jahren einen weiteren Aspekt hervorgehoben, der in einigen Ländern Lateinamerikas für die eine deutliche Zunahme von Morden als extreme Form der Gewalt gegen Frauen verantwortlich ist. Es handelt sich um die Militarisierung der Gesellschaft infolge eines politischen Rechtsrucks in Ländern wie Mexiko und Honduras.

»Die Bezeichnung Feminizid ist mittlerweile in Mexiko weit verbreitet und akzeptiert«, berichtet Mariana Berlanga, die als Journalistin und Akademikerin seit Beginn der neunziger Jahre zu den Frauenmorden in Ciudad Juárez recherchiert. »Doch die Medien führen dessen Ursachen auf ein gesellschaftliches Klima zurück, das allgemein immer gewalttätiger wird.« Die strukturellen

Aspekte der sexualisierten Gewalt gegen Frauen werden dabei systematisch ausgeblendet. Ein wichtiges Merkmal von Feminiziden ist dabei die Straflosigkeit. »Die Täter werden in der Regel weder ernsthaft verfolgt noch bestraft«, sagt Berlanga. Anhand dreier Mordfälle aus Ciudad Juárez legte der Interamerikanische Gerichtshof der Menschenrechte der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im November vergangenen Jahres exemplarisch dar, wie die mexikanische Regierung Ermittlungen in Fällen von Feminizid nicht nur schleifen ließ, sondern bewusst sabotierte.

»Der Drogenhandel hat die Institutionen korrumpiert«, erklärt Berlanga. »Er ist verknüpft mit Frauenhandelsringen und bietet der politischen Klasse jegliche illegalen Vergnügen, die sie sich wünscht. Dieses Gefüge aus Macht und Geld verhindert häufig die Aufklärung von Verbrechen.« Der OAS betonte, dass das alleinige Mordmotiv Misogynie war, also Hass auf Frauen, und dass die Taten keinerlei Zusammenhänge mit der sonstigen Lebenssituation der Opfer hatten. Auch die mexikanische Abgeordnete und Theoretikerin Marcela Lagarde hat sich immer wieder gegen die systematische Diskreditierung der Opfer eingesetzt und damit die geschlechtsspezifische - Dimension der Fälle hervorgehoben.

Nach Angaben der mexikanischen Tageszeitung La Jornada sind zwischen Dezember 2006 und Oktober 2009 in Mexiko insgesamt 3 726 Frauen ermordet worden. Eine große Zahl der Morde fand in den militarisierten Gebieten des Landes statt. Im Namen des Kriegs gegen den Drogenhandel und des von den USA finanzierten »Plan Mexiko« soll das Land innerhalb von drei Jahren flächendeckend militarisiert werden. Präsident Felipe Calderón hatte bereits zu Beginn seiner Amtszeit im Dezember 2006 die Generäle an seine Seite geholt, um seine eigene Macht zu stabilisieren. Seitdem sind Anzeigen, die gegen Soldaten wegen Gewaltanwendung, Folter und Vergewaltigung erstattet wurden, um 600 Prozent gestiegen. Viele Regionen Mexikos wurden bereits im Rahmen der Bekämpfung sozialer Bewegungen militarisiert. In vielen Städten sind ganze Viertel de facto militärisch besetzt, illegale Hausdurchsuchungen sind dort an der Tagesordnung, während in ländlichen Gebieten immer häufiger Militärmanöver stattfinden und die Bevölkerung vertrieben wird. »Patriarchat und Militarisierung (...) brauchen einander, um Herrschaftsstrukturen aufrechtzuerhalten, Macht auszuüben und die Bevölkerung durch die Kontrolle über Körper und Sexualität zu unterwerfen«, schreibt die mexikanische Feministin Norma Cacho aus Chiapas.

»Gewalt gegen Frauen kann nicht losgelöst von der politischen Situation analysiert werden«, konstatiert auch Yesica Sánchez, die als Anwältin bei der feministischen Organisation Konsorzium für den parlamentarischen Dialog und die Gleichheit in der mexikanischen Stadt Oaxaca arbeitet. Dort wurden im Jahr 2006 die sozialen Proteste der Versammlung der Bevölkerung Oaxacas (Appo) brutal niedergeschlagen. Seitdem wurde die Region militarisiert, Folter an politischen Gefangenen und Repression gegen Gewerkschafter und Menschenrechtsaktivisten waren die Folgen.

»Seit der Niederschlagung der sozialen Proteste funktioniert der Staat nur in den Bereichen, in denen er funktionieren will«, erklärt Sánchez. »Er ist nicht machtlos, aber auf Gebieten, die nicht in seinem Interessenbereich liegen, herrscht Gesetzlosigkeit.« Bei Gewalt gegen Frauen sei die generelle Straflosigkeit ein enormes Problem. »Der mexikanische Staat garantiert Frauen de facto nicht ihre physische, psychische und sexuelle Integrität«, lautet ihr Fazit. Die Organisation Konsorzium subsumiert unter den Begriff Feminizid nicht nur Morde an Frauen, sondern fasst ihn sehr weit: Auch familiäre und sexualisierte Gewalt, Verschwindenlassen, erzwungene Selbstmorde, Müttersterblichkeit, Frauenfeindlichkeit in den Medien und Diskriminierung durch staatliche Institutionen werden darunter gefasst. »Natürlich werden Frauenmorde in den Medien

am meisten wahrgenommen. Wir wollen aber nicht aus den Augen verlieren, dass Mord die extremste Form der Gewalt gegen Frauen darstellt.«

Wie die Militarisierung der Gesellschaft die politische Gewalt verschärft, die strukturelle Gewalt gegen Frauen reproduziert und in vielen Fällen den Tätern Straflosigkeit garantiert, zeigt sich auch deutlich in Honduras. Im Juni 2009 stürzte dort ein Militärputsch die gewählte Regierung, seitdem ist die Zahl der Frauenmorde deutlich gestiegen. Die Behörden bestätigten 377 Mordfälle für das Jahr 2009. Nur 23 Täter wurden dafür zur Verantwortung gezogen.

»Auffällig ist, dass die meisten Morde in den Monaten nach dem Putsch geschahen«, berichtet Claudia Herrmannsdorfer vom Frauenrechtszentrum in Tegucigalpa. »Manche davon waren politisch motiviert und als ein Auswuchs der Repression gegen die Widerstandsbewegung zu betrachten. Zuletzt verschwand Anfang Februar die junge Gewerkschafterin Vanessa Zepeda. Kurze Zeit später wurde ihre Leiche gefunden. Die Behörden weigerten sich, eine Autopsie durchzuführen.«

Das Zentrum für Frauenrechte legte im November vergangenen Jahres der Menschenrechtskommission der OAS einen Bericht vor, dessen Informationen auch in den Bericht der Kommission zur Lage in Honduras integriert wurden. »Nicht in allen Mordfällen ist ein politisches Motiv vorhanden. Die Mehrheit der Frauen wurde von ihren Partnern oder Ex-Partnern umgebracht«, sagt Herrmannsdorfer. »Fakt ist jedoch, dass die Polizei in der Hochphase des Putsches das Militär bei der Repression auf der Straße unterstützte und Festnahmen auf den Demonstrationen und bei Razzien in den Vierteln durchführte. Die Anzeigen hinsichtlich geschlechtsspezifischer Gewalt gingen in dieser Zeit gegen Null. Offensichtlich hatten Frauen zu viel Angst, sich in einer akuten Notsituation an die Polizei zu wenden. Die Rückkehr des Militärs an die Schalthebel der Macht hat der strukturellen Gewalt gegen Frauen Vorschub geleistet. Der rechte Backlash in seiner extremsten Form hat alle emanzipativen Fortschritte ausradiert.«